



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/153

28. Oktober 1949

Sammlung zu Untaten

sp. Die grundsätzlichen Gegner des westdeutschen Staates und der parlamentarischen Demokratie scheinen sich jetzt zu finden. Seit geraumer Zeit konnte man feststellen, dass in einem Teil des rechtsradikalen Lagers eine sehr viel schärfere Kritik an den Westmächten als an Russland geübt wurde. Otto Strasser, der in Tausenden von Flugblättern Breitseiten gegen die Bonner "Quislinge", gegen die "Gefängnisordnung" der Bundesverfassung und die westlichen Besatzungsmächte abfeuerte, schonte auffallend die sowjetische Politik und lenkte dadurch bewusst oder unbewusst die Phantasien seiner Anhänger auf eine Ostorientierung. Seine ständig wiederholten Versicherungen, die Atlantikstaaten würden Deutschland im Stich lassen oder gegen anderweitige Konzessionen verhandeln, musste die moralische Widerstandskraft seiner Freunde dem Kommunismus gegenüber schwächen und ihnen eine Verständigung nahelegen.

Die unter französischer Ägide gegründete Sammlung zur Tat zählt auch aktive Kommunisten zu ihren Anhängern. Ihrem Landesleiter für NRW, Hans Bauer, wird prokommunistische Einstellung vorgeworfen. Auf der Gründungsversammlung dieses Verbandes am 28. August in Köln kamen ein west- und ein ostdeutscher Kommunist zu Wort. Im "Informations- und Pressedienst der SzT" heisst es u.a.: "Die deutsche Jugend wird in späteren Jahren die Katastrophenpolitik der jetzigen Volksvertreter zu tragen haben. Sie wird als Kanonenfutter die unfriedliche Blockpolitik der Gegensätze zwischen West-Ost zu spüren bekommen. Nur die Jugend wird die Zinsen und Schulden bezahlen müssen, deren Nutzniesser den Marshallplan befürworten.

In den "Informationen für die SzT-Anhänger" wird Bischof Dr. Dibelius mit einer Erklärung gegen das Exkommunikierungsdekret des

Papstes gegen die Kommunisten zitiert. Die Anhänger der SzT werden ferner über eine Erklärung von Professor Unruh, Karlsruhe, informiert, in der Unruh "wieder die Schuld des Westens an der Entwicklung im Osten" zeigte. Danach folgt ein Zitat aus einer Rede von Prof. Noack, Leiter des Nauheimer Neutralisierungskreises, in Leipzig. In diesem Zusammenhang wird erklärt, der frühere Oberbürgermeister von Nürnberg, Hans Ziegler, sei "ohne Verfahren" aus der SPD ausgeschlossen worden.

Die Idee der "Neutralisierung" Deutschlands dringt immer stärker in rechtsradikale Kreise ein. In Neuwied ist ein grosser Kongress

der "nationalen Opposition" geplant, auf dessen Tagesordnung steht: Wiedervereinigung Deutschlands und Friedenssicherung durch Neutralisierung; Schaffung eines ständigen Organs zur Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland. Ein Aufruf für diese Tagung wird Prof.

Noack zugeschrieben, der einige Wochen lang die Ostzone bereiste. Um ihn ist es übrigens zu einer interessanten Meinungsverschiedenheit

zwischen SMA und SED gekommen. Man befürchtet dort, dass die Russen sich angesichts der vernichtenden kommunistischen Niederlagen in

Westdeutschland stärker auf die Kreise um Madolny und Noack als auf die Kommunisten stützen wollen. Die nationalistische Propaganda in

der Ostzone dürfte bei den Rechtsradikalen im Westen Anklang finden. Noack erfreut sich grössten Wohlwollens bei den Russen. Er hat in

Gesprächen immer wieder auf seine vertrauensvolle lange Unterhaltung mit Botschafter Semjonow hingewiesen. Die SED soll inzwischen auf

Vordermann gegangen sein.

Dieser Prof. Noack ist auch für den von einigen Kreisen der SzT geplanten "Fünferret der nationalen Opposition" als Mitglied vorgesehen. Ein weiteres Mitglied soll Otto Strasser werden.

Während man nichts über Gegensätze innerhalb der SzT über diese Ostfrage hört, ist es aus anderen Gründen zu Konflikten gekommen.

Minister a.D. Mattes vom Zentralverband der Fliegergeschädigten hat sich distanziert. Er beschuldigte den Landesleiter von Hessen, Kampf,

der Verbindung zu Strasser und schloss sich enger an die Tatgemeinschaft Goebels und die Deutsche Union. Ein weiterer Konflikt, den

der streithare Pastor Knees entfesselte, ist anscheinend noch nicht gelöst. Er wirft dem SzT-Gründer Steinfeld "undeutsches Verhalten"

gegenüber der französischen Besatzungsmacht vor. Ein Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt. Die SzT-Leitung der französischen Zone

hat Steinfeld das Vertrauen ausgesprochen. Auf die engen Bindungen einiger "nationaler" Gruppen an Frankreich wurde bereits früher hin-

gewiesen.

Nachrichten aus Italien:

Deutsches Konsulat mit englischer Amtssprache?

EAM Rom, Ende Oktober

Das römische westalliierte Visumbüro, das als einziges für Reisen von Italien nach Westdeutschland zuständig ist, hat nach

Aussage seines leitenden amerikanischen Offiziers (Mr. Castle) eine grosse Sendung grün eingebundener alliierter Pässe (Temporary Travel

Document) erhalten. Diese wurden bisher nur an Deutsche ausgegeben, die ihren festen Wohnsitz in den Westzonen haben. Mr. Castle sagte

dazu, dass er wahrscheinlich die Funktionen eines deutschen Konsuls in Rom übernehmen werde und Italiendeutschen gültige Dokumente aus-

stellen dürfte. Gegenüber der staatsrechtlichen Entwicklung der Ostzone mit Entsendung d e u t s c h e r offizieller Vertreter in

andere Länder würden die Verhältnisse für Deutsche in Italien damit fast bleiben wie sie sind: deutsche Interessen oder der Schutz deut-

scher Staatsbürger würden im gleichen minimalen Umfang vertreten wie bisher. Das römische Permit-Office beschäftigt bis heute nicht

einen Deutschen. Die deutsche Sprache ist auf amtlichen Schriftstücken nicht zugelassen, wenn es sich um Deutsche handelt, interessan-

terweise aber dann, wenn es sich um Österreicher handelt. Ähnlich dürften die Dinge bei Schweizern liegen, denen man die Benutzung

ihrer Muttersprache wohl kaum verbieten dürfte.

*

In einem römischen Hotel wohnt seit einigen Wochen ein sehr junger Deutscher, der nach seiner eigenen Behauptung von der Partei-

leitung der CDU nach Italien geschickt wurde, um ständige Verbindung mit der Parteileitung der Democrazia Christiana zu halten. Gegen-

wärtig bemüht sich der junge Mann, die italienische Sprache zu erlernen. Am Sitz der Parteileitung an der Piazza del Gesù wurde er

noch nicht gesichtet. Wenn deutsche Studenten ins Ausland geschickt werden, ist das notwendig und richtig. Aber ob es nicht besser

wäre, Kenner eines Landes mit wichtigen Aufträgen zu betrauen? Das in der Vergangenheit zerschlagene Porzellan muss ja nicht unbedingt

noch mehr zerkleinert werden.

*

In Italien arbeiten etwa 20 - 30 deutsche Journalisten für deutsche Zeitungen und Zeitschriften. Nicht einmal fünf von ihnen sind nach dem Krieg aus Deutschland gekommen. Eine legale Devisenüberweisung hat bis heute praktisch keiner von ihnen erhalten. Man fragt sich, wohin die dafür vor Monaten freigegebenen Devisen geflossen sind. Der illegale Transfer via Zürich bringt Einbussen bis zu 60 Prozent und schädigt deutsche Interessen.

Das Sudetenland versteppt

sp. Die Verstepfung der früheren sudetendeutschen Gebiete schreitet immer weiter fort. Die wenigen Geländestreifen früheren Ackerbodens, die man meist auf dem Wege von Schulkulturen als Mischwald aufpflanzte, fallen nicht ins Gewicht. Nur im Umkreis grosser Städte hat man sich bemüht, den für die Verarbeitung bequemer liegenden Boden durch Staatsgüter und Kombinate der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten. Aber auch diese Flächen werden immer geringer, je mehr die gesteigerten Anforderungen an den Fünfjahresplan - nach Erschöpfung der übrigen Reserven - die Abziehung von Arbeitskräften aus den ländlichen Gegenden für die industrielle Produktion erzwingen. Mit der offiziellen Erklärung, dass sich diese bergigen Landschaften besser für die Viehzucht eignen, geht man dazu über, die wandernden Schafherden zu erweitern, die das brach liegende Gelände abweiden sollen. Diesem Schicksal geht jetzt zum Beispiel das einst reiche Gebiet um Karlsbad entgegen. Dort wurden drei grosse Kombinate mit je 10.000 Schafen errichtet und in Weidestrecken zu je 2.000 Schafen aufgeteilt. Fahrbare Hühnerfarmen sind angeschlossen. Für je 2.000 Schafe rechnet man 400 ha Ackerboden und 600 ha Grünfläche. Die Weidestrecken sind in den Gebieten um Karlsbad, Asch, Eger und Graslitz in Aussicht genommen, wo - wie tschechische Berichterstatter feststellen - "genügend Raum zur Verfügung steht". Die gleiche Entwicklung ist auch in anderen Gebieten zu beobachten. So wird auch im Bezirk Mährisch-Schönberg der bis jetzt landwirtschaftlich verwertete Boden um 4.000 ha verringert und der Abweidung zugeführt. Im Reichenberger Kreis gehören die riesigen Schafherden schon zur alltäglichen Erscheinung. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern wirkt sich auch in den Erträgen aus. So sank der wegen des Devisenertrages protegierte Hopfenanbau neuerdings ab. Das vorjährige Erntergebnis von 104.000 Zentner woll-

te man nach dem Fünfjahresplan in diesem Jahr auf 130.000 Zentner steigern, doch ergeben sich trotz eifrigsten Einsatzes von Arbeiter-Stossbrigaden auch nach den optimistischsten Schätzungen nur rund 100.000 Zentner. Um trotzdem die ersetzten Devisen aus dem Hopfenexport zu erhalten, wurde bereits eine Reihe von Brauereien genötigt, Bier aus dem sogenannten roten Hopfen herzustellen, also aus Ausschussware, die bei der Hopfenpflücke nicht mit abgenommen wird.

Hochstaplerin als Staatsanwalt

sp. Die bis vor kurzem in Leipzig amtierende erste SED-Staatsanwältin Dr. Dr. K r o s c h e l , wurde in die Irrenanstalt Dösen eingeliefert. Sie war in dem kirchlich stattgefundenen Kamienna-Prozess von ehemaligen jüdischen Kz-Häftlingen als Gestapo-Agentin und Kz-Aufseherin erkannt worden. Nach den Aussagen der Zeugen ist die Jüdin Dr. Kroschel aus Wien im Kz Theresienstadt ums Leben gekommen. Die falsche Kroschel war 1945 in Leipzig als "Opfer des Faschismus" und Antifaschistin in kommunistischen Kreisen aufgetaucht. Der jetzige Landesvorsitzende der SED Sachsen, Lohagen, und der NKWD-Spitzel und PPA-Leiter Richter hatten der falschen Kroschel den Weg in die Leipziger Justiz geebnet und sie ständig gedeckt, obwohl beiden bekannt geworden war, dass die "Kroschel" unter falschem Namen auftrat und keinerlei juristische Vorbildung besass. Die rothaarige Staatsanwältin, die, wenn es ihr gelegen kam, für "freundliche Zuwendungen" Akten verschwinden liess, willkürlich Haftentlassungen vornahm und mit Schiebern und Schwarzhändlern die "Sore" teilte, war ein williges Werkzeug in den Händen der SED und der NKWD. Viele unschuldige Menschen wanderten mit Hilfe der "Kroschel" in Gefängnisse und Zuchthäuser. Die Leipziger SED-Presse gibt sich alle Mühe, die Angelegenheit Kroschel zu vertuschen.

Zu den Opfern der "Kroschel" gehörten auch zwei ehemalige verdiente Sozialdemokraten in Leipzig, und zwar der Leiter des Konsumvereins, Fischer, zu einem Jahr und der Geschäftsführer Kliem, der zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Die beiden hatten 1933 von der Leipziger Arbeiterschaft unter Zeugen den Auftrag erhalten, die führenden Positionen im Konsumverein nicht aus der Hand zu geben. Sie führten diesen Auftrag durch und übergaben 1945 das Unternehmen völlig intakt der Leipziger Arbeiterschaft. Deshalb

sollten sie sich jetzt wegen "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" verantworten. Die rothaarige "Staatsanwältin" gab sich viele Mühe, einige Zeugen zum Meineid zu bewegen. Zwölf der Zeugen, Arbeiter und Angestellte des Leipziger Konsumvereins, versagten sich, obwohl Mitglieder der SED, dem verlangten Meineid. Sie wurden daraufhin fristlos entlassen. Wegen "Bruch der Parteidisziplin" schloss man sie ausserdem aus der SED aus.

Eine nicht gehaltene Rede Dr. Seebohm

sp. Als Bundesminister Seebohm noch nicht Flüchtling war (er hat erst zur Bundestagswahl seine sudetendeutsche Grossmutter entdeckt, weil es der DP an Flüchtlingskandidaten mangelte) und als Dr. Seebohm noch Landesminister oder schlicht Abgeordneter des niedersächsischen Landtages war, entzückte er politische Beobachter oft durch seine Offenheit auch in heiklen Dingen. Er liess nie Zweifel daran, wessen Interessen er vertritt; man wusste immer, auch wenn man die lange Liste seiner Verwaltungsratsposten nicht kannte, woran man mit Dr. Seebohm war.

Die Bonner Luft hat den Parzival von Hannover etwas geändert, er ist vorsichtiger geworden, diplomatischer, wie man zu sagen pflegt. Freilich kann er sein Naturell noch nicht so zügeln, wie es die meisten seiner Bonner Bundeskollegen vermögen. Daher nahm er auch nur ein durchsichtiges Blatt vor den Mund, als er kürzlich in Bad Salzungen vor der "Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe" sprach und den versammelten Industriellen erläuterte, "dass die jetzige Bundesregierung eine nie wiederkehrende Gelegenheit darbiete, die Kräfte in Deutschland so zu gestalten, wie es wünschenswert sei. Daher sollte sich das deutsche Unternehmertum nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten hinter diese Regierung stellen. Auch, wenn es Geldopfer erfordere". So nachzulesen im "Industriekurier" Nr. 124.

Das ist, wie man zugeben wird, sehr offen gesprochen, aber wir sind überzeugt, hätte Dr. Seebohm nicht inzwischen etwas von der geschliffenen Bonner Sprache angenommen, dann hätte er etwa folgende

Rede gehalten:

"Meine Herren! Sie wissen, dass die Wirtschaft uns zur Bundestagswahl vier Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat. Es ist uns, nicht zuletzt mit Hilfe dieses Geldes, gelungen, eine Regierung in Ihrem Sinne zu etablieren. Der Erfolg blieb nicht aus. Ich verweise nur auf einige der letzten Vorhaben der Regierung, z.B. auf die Steuerreform, die Einkommen von über 10.000 Mark aufwärts begünstigt; auf die Aktivierung der Altsparkonten, die ausschliesslich zugunsten der Investitionstätigkeit erfolgt; auf die in Aussicht gestellten Mietpreiserhöhungen; auf die vorbereitenden neuen Zollltarife u.a.m. Sie wissen aber ebenso gut, meine Herren, dass die Opposition in unseren eigenen Reihen wächst, ich verweise nur auf Bochum. Wenn wir also weiterhin Ihre Interessen in der so glücklich gestarteten Weise verfolgen sollen, dann, meine Herren, müssen Sie noch einmal, und zwar etwas tiefer als zur Wahl, in Ihre Brieftasche greifen. Unsere bisherigen Handlungen garantieren Ihnen, dass sich das Geld gut verzinsen wird. Es ist eine nie wiederkehrende Gelegenheit...."

Um Irrtümern vorzubeugen - diese Rede hat Dr. Seebahn nicht gehalten. Aber er hätte sie halten können, ohne dass er von der Wirklichkeit Lügen gestraft worden wäre. Die Wirklichkeit wird allerdings auch dafür sorgen, dass diese Gelegenheit nie wiederkehren wird.

-dt.

Im kommunistischen Gefängnis gestorben.

sp. Mit 76 Jahren starb im Gefängnis von Silven (Bulgarien), der Führer der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens, Krastu

Pastouhoff. Im Februar 1946 war er auf Anregung Dimitroffs verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in der Zeitung

"Svobodno Narod" (Das freie Volk), dem sozialistischen Organ Sofias, gegen die Bolschewisierung der Armee geschrieben hatte. Drei Jahre

und acht Monate Aufenthalt in der berüchtigten Strafanstalt Bulgariens brachen das Leben des markantesten Politikers der zweiten Generation

der bulgarischen Sozialisten.
